

ANDRÉ BRIE, MICHAEL BRIE, MICHAEL CHRAPA

Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS

MIT EINER ANLAGE VON DIETER KLEIN ZU KONKRETEN REFORMPROJEKTEN

Die Studie von André und Michael Brie sowie Michael Chrapa und die anliegenden Vorschläge von Dieter Klein zu konkreten Reformprojekten sind aus Forschungs- und Diskussionsprozessen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den letzten drei Jahren entstanden. Sie bauen auf einer ganzen Reihe von schon vorgelegten Publikationen auf.¹

Zugleich aber unterscheidet sich diese Studie von bisherigen Publikationen der RLS zur PDS. Sie verbindet analytische Beobachtung mit eingreifender Politikberatung. Dafür besteht unseres Erachtens auch Grund. Die geistige Grundströmung demokratischer Sozialismus in Deutschland ist eng mit der Existenz der Partei des demokratischen Sozialismus als deren wichtigstem parteipolitischen Träger verbunden. Wer politische Bildung vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus aus betreibt, wird sich auch um die Zukunft des politischen Projekts PDS Sorgen machen müssen.

Wir sind uns bewusst, dass diese Sorge die Autoren der vorliegenden Studie dazu treibt, Partei in der Partei zu ergreifen und interne Ursachen der Wahlniederlage in den Vordergrund zu stellen. Nicht umsonst wird der

Analyse der Führungsschwächen innerhalb der PDS relativ breiter Raum gegeben. Insofern sie selbst in politische Entscheidungsprozesse der PDS involviert waren, ist dabei sicherlich auch nicht immer völlige Ausgewogenheit möglich gewesen. Es sei deshalb das Selbstverständliche betont: Die vertretenen Positionen sind Auffassungen der Autoren und nicht der Stiftung selbst. Da diese Auffassungen aber in den Arbeitszusammenhängen der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden sind, hielten wir es für unsere Pflicht, sie auch öffentlich zugänglich zu machen – Bildung ist Gemeineigentum. Von besonderer Bedeutung schienen uns jene Positionen, die in Teil 3 zu den strategischen Optionen der PDS entwickelt wurden und im Begriff einer »gestaltenden Opposition« als wichtigstem Gebrauchswert dieser Partei zusammengefasst werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird in den nächsten Wochen weitere Stellungnahmen, Analysen und Positionen auf ihrer Website veröffentlichen. Auch ihre Zeitschrift Utopie kreativ wird sich diesem Thema verstärkt zuwenden. Am 12. und 13. Dezember findet ein internationaler Workshop »Linksozialistische Parteien im Vergleich – Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und Brasilien« statt. Außerdem bereiten wir eine Veranstaltung zu Problemen der Linken in Deutschland und der Zukunft der PDS vor.

Wir bitten jene, die eigene Stellungnahmen, Analysen und Kritiken der Stiftung zur Publikation zur Verfügung stellen wollen, diese an uns weiter zu geben. Ansprechpartnerin ist Karin Malingriaux (Tel.: 030/2978 1168 bzw. E-Mail: malingriaux@rosalux.de).

Dr. Evelin Wittich, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1 Michael Chrapa: Politisches Handeln – Empirische Fakten und theoretische Überlegungen zu Handlungspotenzialen in Ost und West, Berlin 2001; Dietmar Wittich: Sozialstrukturelle Differenzierungen und politische Strukturen. Analysen zur Ermittlung von Zielgruppen für sozialistische Politik und Bildung, Berlin 2001; Frank Berg: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil 1: Politikfeldanalysen, Berlin 2001; Thomas Koch: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil 2: Parteien- und Politikstilanalysen, Berlin 2001; Frank Berg, Lutz Kirschner (Hrsg.): PDS am Scheideweg, Berlin, Juni 2001; Frank Berg und Thomas Koch: Was kommt auf die PDS zu? Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Verwaltungsreform in ostdeutschen Ländern, Berlin, März 2002; Michael Chrapa: Die Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002. RLS-Standpunkte 2/2002, Mai 2002

Krise der PDS

Das Wahlergebnis vom 22. September 2002 hat gezeigt, dass die PDS in einer existenziellen Krise ist. Diese Krise hat vor allem zwei tiefere Ursachen:

(1) Nach 1990 hatte die PDS in der Gesellschaft des vereinigten Deutschlands vor allem zwei Funktionen – allgemein die Artikulation und Repräsentation der Ostdeutschen insgesamt im Zusammenhang mit jenen Konflikten, die aus dem gewählten Weg des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik resultierten, sowie im besonderen die Vertretung der staatstragenden Dienstklasse der DDR in diesem Prozess. Die Funktionen hat sie mit beträchtlichem Erfolg erfüllt. Nach 12 Jahren ist dieser Prozess aber abgeschlossen. Es ist eine spezifisch ostdeutsche Teilgesellschaft innerhalb Deutschlands entstanden, die sich durch eigene Grundzüge auszeichnet und deren Bürgerinnen und Bürger mit eigenem Selbstbewusstsein in Deutschland vertreten sein wollen. Die PDS hat sich auf diese neue Situation noch nicht hinreichend eingestellt und vor allem gegenüber der SPD (Ost) verloren.

(2) Die PDS ist eine Parteigründung aus der Niederlage des Staatssozialismus heraus (anders als die Grünen, die sich aus dem Aufschwung der sozialen Bewegungen heraus bildeten). Die PDS stellt insofern fast etwas Künstliches dar, weil sie immer weniger aus den Potenzialen der DDR schöpfen kann, diese entwertet wurden bzw. jetzt ganz verloren gehen. Ihre Verankerung in der deutschen Gesellschaft ist schwach und auch im Osten erodiert.

Die PDS hat nach 1990 auch angestrebt, eine dritte wesentliche Funktion zu erfüllen, die einer demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland. Beträchtliche Teile der Ost-, aber auch der Westdeutschen haben zunehmend die Legitimität dieses Anspruchs akzeptiert. Größere Teile ihrer Wählerschaft im letzten Jahrzehnt sind eng mit diesem Anspruch der PDS verbunden. Auf einer ganzen Reihe von Gebieten hat sie Positionen erarbeitet, die ihr im parteipolitischen Spektrum eine Art Alleinstellungsmerkmal geben und durch wichtige linke Kreise in Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen sowie Intellektuelle auch als solche erkannt werden. Die Potenziale, die mit dieser Funktion der PDS als demokratisch-sozialistischer Partei verbunden sind, konnten aber in den Wahlen 2002 nur sehr unzureichend in WählerInnenstimmen für die PDS umgesetzt werden.

Die PDS wäre nicht die erste Partei, deren moralische Energie sowie politischer Geist einem einzigen Impuls und einer einzigen sozial geschlossenen Gruppe und Generation zu verdanken sind und deren Mission sich nach einer gewissen Zeit erschöpft. Sie hätte dann ihren Zenit vielleicht mit der Berlin-Wahl vom Herbst 2001 –

ihrem größten Erfolg – überschritten. Wie eine Kannonkugel, die im Unterschied zu einer Rakete keine neuen Triebwerke zünden kann, würde sie so zumindest bundespolitisch einem schnellen Ende entgegensehen.

Der PDS war es in den Jahren nach 1989 gelungen, zumindest zeitweilig als politische Partei in Deutschland Fuß zu fassen. Sie konnte sich zunächst im Bundestag behaupten und 1998 mit 5,1 Prozent dort Fraktionsstärke erlangen. Im Jahre 2002 verfehlte sie dieses Ziel mit 4 Prozent und erlangte nur zwei Direktmandate, obwohl nach den Umfragen ihre Akzeptanz als »demokratische Partei« in der Bevölkerung weiter gewachsen ist. In den ostdeutschen Parlamenten stellt sie eine der drei großen Fraktionen und konnte 1998 in Mecklenburg-Vorpommern und 2002 in Berlin eine Koalition mit der SPD eingehen. 2002 hat sie in Sachsen-Anhalt ihr Wahlziel verfehlt und in Mecklenburg-Vorpommern Verluste von rd. einem Drittel der Wählerschaft hinnehmen müssen. Auch in Berlin ist die Unterstützung für die PDS drastisch gesunken.

Die PDS hat sich als Sprecherin Ostdeutschlands, als Repräsentantin sozialen und demokratischen Protests, als Friedenspartei und Partei der sozialen Gerechtigkeit eine bestimmte Achtung erworben. Die Erfolge der letzten Jahre, so zeigen gerade auch die jüngeren Entwicklungen, können aber nur dann dauerhaft werden, wenn die PDS sich den entstandenen neuen Herausforderungen stellt und ihren Platz als moderne sozialistische Partei in Deutschland deutlich, vertrauenswürdig und kompetent bestimmt. Nur dann, wenn es gelingt, diese programmatische und strategische Erneuerung durchzuführen, einen neuen Aufbruch zu meistern, der PDS also einen neuen Zweck und Funktionswert – glaubwürdig gegenüber breiten Teilen der Bevölkerung – zu geben, wird die PDS die jetzige Krise überstehen.

Für eine solche Entwicklung der PDS gibt es eine Reihe von Voraussetzungen. Strategisch wurde eine Orientierung auf den Doppelcharakter der PDS als sozialistische Oppositionspartei und gestaltende Reformkraft gewählt. Programmatisch wurde eine Erneuerung eingeleitet, die das Ziel des demokratischen Sozialismus, den Weg einer umfassenden Transformation und konkrete Schritte fixiert sowie die Werte von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit radikaldemokratisch zu vereinen vermag. In den einzelnen Bundesländern und auf Bundesebene gibt es eine ganze Reihe von Politikerinnen und Politikern und Experten, die innerhalb der institutionellen Strukturen der Bundesrepublik kompetent politisch agieren können. Die PDS hat eine relativ starke Aufmerksamkeit in den Medien gefunden, um deren Erhalt gekämpft werden muss. Die Mitglieder der PDS stützen im wesentlichen die strategische Orientierung. In vielen Formen ist die PDS zivilgesellschaftlich in sozialen Organisationen, Verbänden und Vereinen verankert.

Nach wie vor hat die PDS durchaus ein Wählerpotenzial von deutlich über fünf Prozent. Bis zu sieben oder acht Prozent der Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik haben bereits mindestens einmal in der einen oder anderen Form PDS gewählt.

Zwischen 1989 und 1993 war es der Führung der SED-PDS und dann der PDS gelungen, den Übergang von einer Staatspartei zu einer demokratischen linken Partei formell, strukturell und finanziell sowie programmatisch weitgehend zu vollziehen. Fehler wie die Nichtbereitschaft, sich sofort vom Eigentum der SED zu trennen und – schlimmer noch, aber folgerichtig – der Versuch der Verschiebung von großen Finanzreserven ins Ausland, hatten dazu geführt, dass die Glaubwürdigkeit der Erneuerung in Frage gestellt war und weitere wichtige erneuerungsorientierte Teile der Mitgliedschaft (damals zwischen 30 und 40) auch noch ein oder zwei Jahre nach der Wende die PDS verließen. Zudem fällt bereits in diese Zeit der beginnende Ausschluss der Mitgliedschaft aus strategischen Entscheidungsprozessen und die Zurückdrängung der Rolle der ehrenamtlich arbeitenden Interessen- und Arbeitsgemeinschaften. Ebenso fällt in diese Zeit ein Abrücken von einem basisdemokratisch orientierten Politikverständnis hin zu einem wachsenden Gewicht parlamentarisch bzw. verwaltungsorganisatorisch geprägter Herangehensweisen an politische Fragen.

Der Hungerstreik der Führung der PDS und breite Solidarisierungsaktionen schlossen diese Phase der Konsolidierung ab. Eine schnelle Westausdehnung gelang nicht, obwohl schrittweise wichtige Gruppen und Landesverbände entstanden und sich auch Ansätze eines Dialogs mit westdeutschen linken Intellektuellen herausbildete. Es gelang nur unzureichend, stärkere Gruppen aus den Grünen bzw. den linken Kreisen der SPD oder aus der parteipolitisch nicht gebundenen Linken in den Gewerkschaften und modernen sozialen Bewegungen als Mitglieder oder aktive, bekennende SympathisantInnen zu gewinnen. Die Barriere zwischen den kritischen westdeutschen Intellektuellen und der ostdeutschen Mitgliedschaft wurde nie überwunden. Es wurde ein strategisch-programmatischer Kompromiss gefunden, der den Zusammenhalt der PDS sicherte, orthodoxen Kräften in der PDS einen Platz ließ und zugleich weitere Bemühungen der PDS-Führung absicherte, politisch auf der parlamentarischen Ebene handlungsfähig zu werden und auf Landesebene auch Koalitionen mit der SPD vorzubereiten.

In den Jahren zwischen 1994 und 1998 wurden auf der Basis der mit der Konsolidierung gegebenen Ressourcen die Schritte fortgesetzt, um die PDS dauerhaft als Bundespartei zu etablieren, ihre Position als eine der drei starken ostdeutschen Parteien auszubauen und in den alten Bundesländern Fuß zu fassen. Die Wahlerfol-

ge der PDS zwischen 1994 und 1999 auf Landes- und Bundesebene sowie bei den Europawahlen verdeckten aber die einsetzenden Prozesse der Erosion der Grundlagen dieser Erfolge, die durch die Wahlen im Jahre 2002 dafür um so deutlicher sichtbar gemacht wurden.

Potenziale der PDS

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die jetzigen Potenziale der PDS unzureichend sind, um eine weitere erfolgreiche Entwicklung als moderne sozialistische Partei fortzusetzen. Der Auflösungsprozess früherer Ressourcen schreitet schnell voran und die Erneuerung hat nicht das notwendige Tempo und die erforderliche Qualität. Wird dieses Verhältnis nicht umgekehrt, kann es zu einem irreversiblen Zerfallsprozess der PDS kommen. Dies betrifft die drei wichtigsten Felder: (1) die Fähigkeit der Führung der PDS, strategische Ziele zu bestimmen, konzeptionell zu untersetzen und praktisch umzusetzen, (2) die aktive Mitgliedschaft und (3) die Wählerschaft. Ohne eine Reform und Erneuerung wird die PDS als politisches Projekt verschwinden.

Führungsfähigkeit in der PDS

Spätestens seit Mitte der neunziger Jahre muss von einem Zerfall jener Führungsgruppe der PDS gesprochen werden, die sich in der Wende herausbildete. Gleichzeitig rückten neue Personen in Führungsfunktionen vor, ohne dass sich aber bis heute eine hinreichend einheitliche Identität der Auffassungen, Verteilung von Aufgaben und Fähigkeit zur Führung der strategischen Entwicklung der PDS herausgebildet hätte. Ihre öffentliche Ausstrahlung ist gering.

Von besonderer Tragweite war die Unfähigkeit bzw. die mangelnde Bereitschaft, sich einer nüchternen Analyse auszusetzen und die sich seit 1999 häufenden Warnungen vor der Erschöpfung des Potenzials der PDS und der Gefahr sinkender Zustimmung nicht zu beachten. Frühere Wahlerfolge hatten zu einer massiven Selbstüberschätzung geführt.

Die Führung der PDS ist (a) zerstritten und auch nur unzureichend repräsentativ für eine moderne sozialistische Partei, (b) kaum zu einer offensiven öffentlichen Politik fähig. (c) Ihre Kommunikation mit der Basis der PDS, mit Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie mit Akteuren der sozialen Bewegungen ist gestört bzw. schwach entwickelt. (d) Eine dringend anstehende Parteireform wurde nicht begonnen, die innerparteiliche Situation wurde kein zentraler Gegenstand von Führung. Aus der Führungsschwäche der PDS-Führung, wie sie nach 1994 zu beobachten war, ist eine offene Krise geworden. Die Führung der inneren Prozesse geriet gegenüber dem versuchten Wirken nach außen in

einen unhaltbaren Rückstand und Widerspruch, was schließlich auch die öffentliche Ausstrahlung der PDS nachhaltig beeinträchtigte.

Die innere Zerstrittenheit der Führung und ihre mangelnde Repräsentativität

Im Wahljahr selbst kam es zu einem internen Kampf, der sich in entsprechenden Beschlüssen auf dem Rostocker Parteitag (Festlegung auf die Oppositionsrolle) und sofortigem Unterlaufen dieser Beschlüsse, in der bewussten Lancierung von Informationen über diese Gegensätze in die Presse sowie in konträren Botschaften während des gesamten Wahlkampfes mündete und die Glaubwürdigkeit der PDS untergrub. Die strategisch-taktischen Differenzen beruhen auf einer unterschiedlichen Einschätzung der realen Situation, der gegensätzlichen Auffassung bezüglich des Verständnisses von Politik, der Beziehungen zur SPD sowie zu sozialen Bewegungen und der verschiedenen Wichtung möglicher Funktionen der PDS selbst. Auf der einen Seite wurde die Annäherung an die SPD forciert und wurden Schröder immer neue Angebote auf Unterstützung signalisiert. Die Entschuldigung des Fraktionsvorsitzenden der PDS beim US-Präsidenten nach einer Aktion von Mitgliedern der Fraktion untergrub das Vertrauen linker Kreise in der Gesellschaft in die Verlässlichkeit der Friedenspositionen der PDS und hat der PDS außerordentlich geschadet. Auf der anderen Seite, teilweise als Rückkehr zu einem linken Fundamentalismus missverstanden, wurde der Oppositionscharakter der PDS betont, sollte die Beziehung zu globalisierungs- und kapitalismuskritischen Bewegungen gestärkt werden, wurde eine scharfe Kritik an der SPD-Grünen-Regierung vorgetragen. Es hat sich also innerhalb der neuen Führungsgruppe von »Reformern« ein neuer Grundkonflikt formiert, dessen Austragung noch aussteht.

Die innere Zerstrittenheit hat die dringend anstehende öffentliche Diskussion über die strategische Entwicklung der PDS blockiert. Die Programmdiskussion konnte diesen Mangel nicht beheben, da die Gemeinsamkeit aller Führungsgruppen, zu einem neuen Programm zu kommen und Widerstände der KPF und des Marxistischen Forums dagegen zu überwinden, die strategischen Differenzen verdeckte. Die politischen Implikationen des Programmentwurfs wurden nicht diskutiert, wie überhaupt die Führung sich zwar aktiv an der Durchsetzung des Entwurfs beteiligte, aber nicht inhaltlich in die Diskussion eingriff. Die mit dem Programmentwurf verbundene strategische Neuorientierung wurde nicht zum Gegenstand von konzeptionellen Erörterungen in der Führung der PDS selbst gemacht und nur entlang des alten Konflikts »Reformer« vs. »Orthodoxe« (fehl-)interpretiert. Vor allem aber wurden die aus den Grundaussagen des Programmentwurfs resultierenden praktisch-politischen Konsequenzen ignoriert.

Die Positionen eines »modernen Sozialismus« wurden in der kritischen Öffentlichkeit verbreitet als Legitimation eines Kurses der Verwandlung der PDS in eine zweite SPD verstanden, missverstanden oder auch denunziert. Selbstkritisch muss gefragt werden, warum der Versuch einer »modernen« Fundierung des Sozialismus als Hinwendung zu einer Politik des Einrichtens im kapitalistischen Status quo begriffen werden konnte.

Die PDS-Führung verfügt gegenwärtig über kein gemeinsames strategisches Konzept. Die Differenzen werden nicht öffentlich ausgetragen, was Möglichkeiten der Entwicklung von Handlungsoptionen blockiert, in denen die unvermeidlichen Widersprüche konstruktiv ausgetragen werden können. Diese Pattsituation beeinträchtigt Handlungsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und generell die Entwicklungsfähigkeit. Die Führung war nicht in der Lage, eine Vision zu erarbeiten und in die PDS und die Gesellschaft zu vermitteln.

Als ein besonderes Problem für eine linke Partei muss angesehen werden, dass die PDS zu sehr zu einer Funktionspartei geworden ist. Mit Gregor Gysi und Lothar Bisky sind wichtige Quereinsteiger von 1989 in die Politik aus der Führung ausgeschieden. Die intellektuelle Ausstrahlungskraft hat sich extrem vermindert. Die Führung der PDS setzt sich weitgehend aus Personen zusammen, die schon in der DDR eine Funktionslaufbahn beschritten hatten. Weder ist die intellektuelle und politische Westlinke hinreichend stark vertreten noch spielen Personen eine Rolle, die symbolisch für die Beziehung der PDS zu linken Kräften in den Gewerkschaften, den Sozialverbänden und den sozialen Bewegungen stehen würden. Da ein strategisches Konzept nicht erkennbar zur Geltung gebracht wird, erscheint jedes Handeln rein taktisch; es kann eine ständige Instrumentalisierung von Themen und Problemen vermutet werden.

Die Schwäche, offensiv öffentliche Politik zu gestalten

Gegenwärtig ist die Kommunikationsfähigkeit der PDS-Führung zum einen gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und zum anderen gegenüber der Öffentlichkeit und wesentlichen Bezugsgruppen in der Gesellschaft als gering einzuschätzen. Sie ist noch hinter jenes Niveau gefallen, das Mitte der 90er Jahre erreicht war. Sie war fast ausschließlich reaktiv und konnte sich in Ausnahmefällen an bestimmte Ereignisse anhängen (Krieg gegen Jugoslawien bzw. Afghanistan etc.), war aber kaum in der Lage, medial Themen zu besetzen und Öffentlichkeiten zu beeinflussen. Die Fixierung auf parlamentarische Formen von Politik und die Unterschätzung der selbst für deren Gestaltung erforderliche Breite an Diskussion und außerparlamentarischer Bündnisbildung (die in den anderen Parteien eine ganz normale Größe im politischen Geschäft ist) hat ihre Wirksamkeit deutlich eingeschränkt.

Das Verständnis von Kommunikation reduzierte sich sehr stark auf die Vermittlung von »Botschaften« der PDS (ihrer Führung) an die Bürgerinnen und Bürger, anstelle sich zum Teil der öffentlichen Auseinandersetzungen zu machen und dabei von linker Seite her durch Mobilisierung und Kampagnen sowie mediale Inszenierung verdrängte Positionen der Bürgerinnen und Bürger selbst zur Geltung zu bringen. Es wird nicht die Sprache der »kleinen Leute« öffentlich groß gemacht, sondern man versucht, die kleine PDS in der Öffentlichkeit mit Worten groß zu machen, was ständig verfehlt wird. Die Straße wird nicht besetzt, öffentlicher Protest und öffentliche Diskussion werden nicht symbolträchtig inszeniert. Selbst bei dem Kriegsthema hat die PDS im Sommer 2002 emotional das Thema an die SPD verloren. Die PDS ist nicht im wirksamen Gespräch mit sozialen Bewegungen, Verbänden usw.

Die eingeschränkte Kommunikationsfähigkeit gegenüber relevanten Bezugsgruppen

Nach 1989 kam es zwischen der Mitgliedschaft der PDS und der damaligen PDS-Führung zu einer Art stillschweigenden Agreement: Die PDS-Führung vermochte es, glaubwürdig nach außen und innen das Festhalten an einer (veränderten) Sozialismusvision zu verkörpern, die PDS als symbolische Vertretung (auch) der staatstragenden Klasse der DDR in die Bundesrepublik zu bringen, gleichfalls symbolisch gegen eine Generalabwertung der DDR vorzugehen und dies mit wachsendem politischen Gewicht als linke Ostpartei zu verbinden. Die Mitgliedschaft, in der Mehrheit schon damals Rentner und Vertreter jener Generation, die als junge Menschen die DDR mit schufen, stützte diesen Kurs und fand sich in ihm prinzipiell wieder, auch wenn sie damit verbundene programmatische Veränderungen nicht oder nur teilweise selbst nachvollzog und inhaltlich trug.

Die Welle von »Entschuldigungen«, die in den Augen einer großen Mehrheit der Mitglieder die Generalabwertung des Engagements für die DDR und den Sozialismus verkörperte (nun aber durch die eigene Führung), die Annahme, dass die Führung der PDS in beträchtlichen Teilen nur noch machtopportunistisch agiert, haben zu einer wachsenden Entfremdung, neuen Austritten und vor allem zu Apathie geführt. Die Mitgliedschaft hat für eher orthodoxe staatssozialistische Positionen außerhalb von KPF und Marxistischem Forum keinen Ansprechpartner, möchte diese aber auch nicht mehrheitlich als Hegemon in der PDS sehen. Die PDS-Führung verliert also in der eigenen Mitgliedschaft ihre Basis und verprellt auch die »Dienstklasse der DDR« und ihr Umfeld und stellt damit letztlich die Identität der Partei in Frage. Es muss aber möglich sein, sich kritisch mit dem System des Staatssozialismus auseinander zu setzen, ohne dabei die Würde von Menschen, den Wert von Leben in der DDR und des Einsatzes

für die DDR zu beschädigen. Doch gerade dies ist nicht gelungen.

Viele ehemalige DDR-Bürger beziehen die Kritik an der DDR auf ihre eigene Lebensleistung. Der schillernde Satz »Es gibt kein richtiges Leben im falschen« und die darauf aufbauende vorherrschende Geschichtspolitik haben verheerende Spuren hinterlassen, die eine Trotzreaktion bewirkten: In vielen Köpfen werden das nicht reformfähige DDR-System und die eigene Lebensleistung in eins gesetzt. Diese psychologisch verständliche Solidarisierung mit dem DDR-System hält viele Menschen gegenüber den heutigen Zuständen in Lähmung. Die PDS-Kritiker des realsozialistischen Systems haben auf diese Frage zu wenig Aufmerksamkeit verwandt und damit zugelassen, dass Menschen auf unsinnige Weise verprellt wurden. Sich unter den komplizierten Bedingungen der DDR für die Verbesserung des gesellschaftlichen Alltags eingesetzt zu haben, sich also menschlich, zivilisiert und solidarisch verhalten zu haben, ist von bleibendem Wert und das wichtigste sozialistische Erbe, das die PDS unmittelbar antreten konnte.

Die schwache Unterstützung der PDS-Führung aus der Partei heraus, soweit diese nicht selbst in dienstlichen Abhängigkeitsverhältnissen steht, wird durch die schwachen Beziehungen der PDS-Führung zu relevanten sozialen Bewegungen, Initiativen und Verbänden sowie die fast völlig zum Erliegen gekommene intellektuelle Ausstrahlung der PDS-Führung noch verstärkt. Die PDS ist für das intellektuelle Leben der Bundesrepublik fast bedeutungslos. Damit wird nicht zuletzt jede Verankerung im Westen blockiert. Auch in Bezug auf die sozialen Bewegungen erscheint das Verhalten der PDS nach einer Phase regen Austausches und eigener Initiativen zu Beginn der neunziger Jahre (erinnert sei an die Rentenkampagnen oder an die Organisation von MieterInnenberatung) zumeist instrumentell.

Die PDS vermag es nicht, überzeugend eigene Positionen einzubringen bzw. ihren möglichen Gebrauchswert für diese Bewegungen, Initiativen und Verbände nachzuweisen. Positive Entwicklungen wie zum Beispiel im Umweltbereich in Mecklenburg-Vorpommern und einigen anderen ostdeutschen Ländern sind bundespolitisch nicht deutlich. Es ist nicht gelungen, Vertreter solcher Bewegungen und Organisationen profilbestimmend für die PDS zu gewinnen. Obwohl es große inhaltliche Übereinstimmungen zwischen den Positionen wichtiger Gruppen in Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bewegungen einerseits und der PDS andererseits gibt, haben sich diese Gruppen öffentlich nicht oder nur sehr selten für die Wahl der PDS eingesetzt. Damit gerät die PDS und ihre Führung aber in eine soziale Isolation, die bei Verlust von formalen Positionen in Parlamenten zu einer völligen Bedeutungslosigkeit in den Medien und dem Kommunikationsalltag der Bundesrepublik führen kann.

Ausbleibende Parteireform

Seit Mitte der neunziger Jahre ist klar, dass die PDS ohne eine innere Reform die Fähigkeit zu moderner Führung, wirksamer medialer Kommunikation, Öffnung in die Gesellschaft und für die Gesellschaft, Gewinnung neuer Aktivistinnen und Aktivisten sowie Erschließung neuer intellektueller und sozialer Potenziale verliert oder gar nicht erst aufbaut.

Parteien können sich nur dann erhalten, wenn sie entwicklungs- und lernfähig sind. Ihre Strukturen müssen zugleich innere Identität und die Beziehungen zur Umwelt ständig erneuern. Sie müssen die Mitgliederlogik (nach innen) und die Einflusslogik (nach außen) in Übereinstimmung bringen. An der Schnittstelle beider Logiken wirken das Führungspersonal einer Partei und der Apparat. Eine der dabei anstehenden wichtigsten Aufgaben ist die Parteireform:

In der Analyse zur Mitgliedschaft hieß es dazu: Es »sollten als Schwerpunkte einer wirklichen Parteireform (mindestens) folgende Punkte unverzüglich praktisch in Angriff genommen werden:

Umgestaltungen der Organisationsstruktur

Vom Kern her geht es um wichtige organisatorische und inhaltliche Veränderungen in der Arbeit der Basis und der mit ihnen verbundenen Leitungsgremien. Stichworte: Neue, »offene« Basisorganisationen, Anpassung an territoriale Strukturen, Doppelstruktur neben stark »überalterten« Basisorganisationen.

Weitere Sympathisanten- und Mitgliedergewinnung in verschiedenen soziostrukturellen Milieus (siehe »Zielgruppen« anhand der Analysedaten) u. a. auf der Grundlage von innerparteilichem Erfahrungsaustausch.

Kommunikationsfähigkeit

Stichworte: Wirklich neuer Schritt in Richtung auf das Ziel »PDS ans Netz«, dies über eigenständige Modellprojekte. Dadurch interne Kommunikation (mit modernen Medien) für Austausch, Diskussion, Willensbildung usw. Ferner: Basisdiskussionen über Anforderungen und Möglichkeiten in der Kommunikationsgesellschaft.

Projektarbeit

Stichworte: Sachbezogene, »offene« Projekte, teils von PDS initiiert, teils mit ihrer Beteiligung, dem Grundansatz »Wahrung und Durchsetzung von Bürgerinteressen« verpflichtet.

Ausprägung von Aktions- und Kampagnenfähigkeit

Stichworte: Aktionen »nach außen« als Lebensform der PDS, Wiederentdeckung der Straße.

Moderne »innere« Leitung und Arbeitsfähigkeit

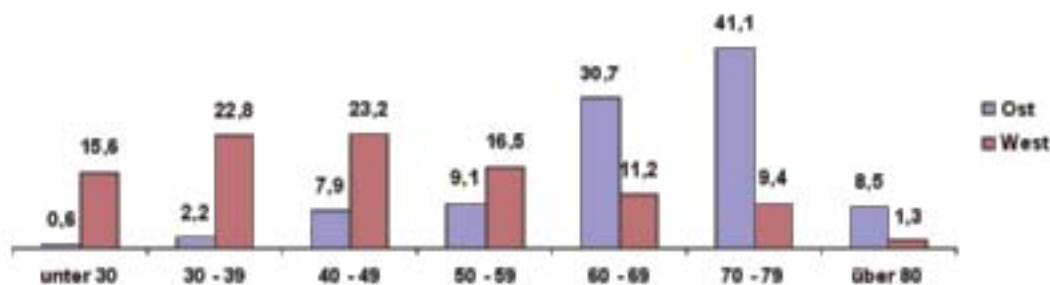
Stichworte: Neue Leitungsformen, Befähigung des Personals, Nutzung von externem Sachverstand usf.«

Von zentraler Bedeutung wird auch die Stärkung des Parteivorstandes sowie der IG's und AG's beim Parteivorstand selbst sein (insbesondere nach Verschwinden der Bundestagsfraktion) sowie die Stärkung der Lan-

desverbände gegenüber den Fraktionen. Wie der neue Vorstand auch aussieht, er muss die Landesvorstände als kollektive Gremien stärken, sonst ist die »Oppositionsrolle« der PDS auf Landesebene, der linke Druck auf die eigene Fraktion, die Forderung, auch unter Koalitionsbedingungen die eigene Arbeit öffentlich zu machen, nicht möglich. Die Landesvorstände müssen ihre politischen Forderungen an die Fraktionen stellen. Aber dazu müssen die Landesvorstände selbst qualifiziert werden. Die Degradation der Landesvorstände zu Gremien, die nur noch die Informationen aus den Fraktionen entgegennehmen, selbst keine strategischen Diskussionen mehr führen, oftmals gegenüber den Landesverbänden die Funktion der Organisation von politischer Kommunikation, Meinungsbildung und Entscheidungsfindung verloren haben, verwandelt die PDS in das Anhängsel ihrer Parlamentsfraktionen, demobilisiert Mitglieder und Sympathisanten, erzeugt undemokratisch elitäre Tendenzen, die dann den Politikstil prägen.

Die aktive Mitgliedschaft

Aufgrund des Altersdurchschnitts ist das Handeln in Verbänden zunehmend auf SeniorInnenarbeit, Kleingarten- und Siedlerverbände und Sportvereine konzentriert, während die Tätigkeit in wichtigen politisch orientierten Gruppierungen (Friedensarbeit, Umwelt, Internationales, Arbeit mit MigrantInnen) auf einen sehr kleinen Teil der Mitgliedschaft beschränkt ist, der zudem vor allem im Westen tätig ist. Dies gilt auch für Gewerkschaftsarbeit. Auch altersbedingt (im Osten sind nur noch ein Fünftel der Mitglieder unter 60 Jahre) verstehen nur wenige unter Opposition reale Friedensarbeit und konkretes Wirken gegen Rechtsextremismus. Kritik am Kapitalismus, Festhalten an einer sozialistischen Perspektive sowie Eintreten für soziale Gerechtigkeit stehen im Vordergrund. Relevante Aktivitätspotenziale praktischer Art sind bei einer Gruppe von rd. 10 bis 15 Prozent der Mitglieder, zumeist unter 50 Jahre alt, konzentriert. Wie Michael Chrapa und Dietmar Wittich in ihren Thesen im Anhang der Mitgliederbefragung vom Jahre 2000 konstatieren: »Tendenziell drohender oder bereits eingetretener Verlust an breiter politischer Handlungsfähigkeit gerade zu einem Zeitpunkt, an dem Handeln der PDS in der Gesellschaft wichtiger denn je ist. Wie im Text beschrieben, sind zwar 20 bis 30 Prozent der Mitgliedschaft bei Aktionen (potenziell) mobilisierbar, insgesamt kann jedoch nur von einem aktiven Kern von etwa 10-15 Prozent der Mitglieder gesprochen werden. Für zahlreiche ältere Menschen (vor allem im Osten) wird politisches Handeln mit der Teilnahme an einer Basisgruppenversammlung gleichgesetzt und auch persönlich so interpretiert.«



Grafik 1: Mitgliedschaft der PDS nach Altersgruppen

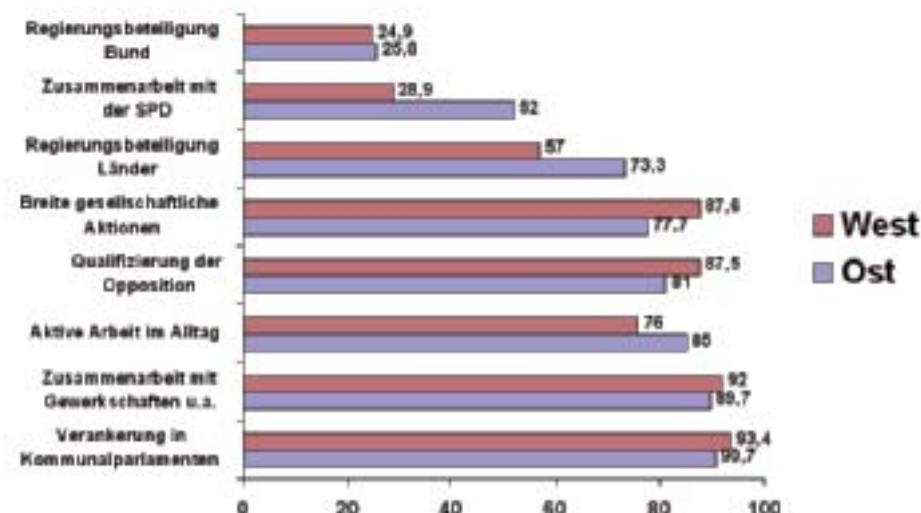
Gleichzeitig gibt es in der PDS einen beträchtlichen Anteil »zukunfts- und leistungsfähiger Gruppierungen«. Wie es in der Mitgliederanalyse heißt: »Zum einen betrifft dies große Teile der »Führungsgremien«, denen man – wie die Studie zeigt – in beachtlichem Maße Kompetenzen zuschreibt und von deren grundsätzlicher Autorität ausgegangen werden kann. Zum anderen wären damit verschiedene Gruppen charakterisiert, die in den Untersuchungen u.a. anhand ausgewählter »Typen-Merkmale« gekennzeichnet waren (»Neue«, »Aktive«, »Moderne«). Bei genauem Hinsehen wird deutlich, dass gerade diese Gruppen auch den günstigsten Kontakt zu potenziellen neuen Mitgliedern haben. Gelingt es, die genannten Gruppierungen zu stärken, würde die PDS viel gewinnen.« Dies betrifft auch beträchtliche weibliche Potenziale als »Partei der aktiven Frauen«.

Der PDS ist es trotz aller Probleme gelungen, eine bestimmte Gruppe von Aktivistinnen und Aktivisten im Westen zu gewinnen, die zunehmend auch auf die programmatische und strategische Diskussion Einfluss genommen haben. Es hat eine Wende zu praktischer sozialistischer Politik stattgefunden. Diese Ergebnisse

müssen in Ost und West verstetigt werden. Die PDS hat nur als gesamtdeutsche linke Partei Überlebenschancen. Die Potenziale im Westen sind dafür von großer Bedeutung.

Die Mitgliedschaft hat deutlich oppositionelle Einstellungen und sieht zugleich in sozialer Aktivität im Alltag das eigentliche Feld gesellschaftlicher Gestaltung durch die PDS. Relativ hohe Unterstützung vor allem im Osten findet auch die Regierungsbeteiligung auf Landesebene. (Es ist ein bedeutendes Problem für die PDS, dass ihre Wählerinnen und Wähler demgegenüber in weitaus stärkerem Maße auch auf die Regierungsbeteiligung der PDS auf Bundesebene setzen.) Als besonders wichtige Felder (wenn auch nur deklamatorisch) werden angesehen: Einsatz für soziale Gerechtigkeit, entschlossenes Handeln gegen Rechtsextremismus, Vertretung wichtiger Werte und Ideale, Einsatz für Demokratie von unten und für ‚kleine Leute‘. Als besondere Gefährdungen werden die Überalterung der Mitgliedschaft und der Mitgliederschwund, der Verzicht auf sozialistische Werte und Anpassung gesehen.

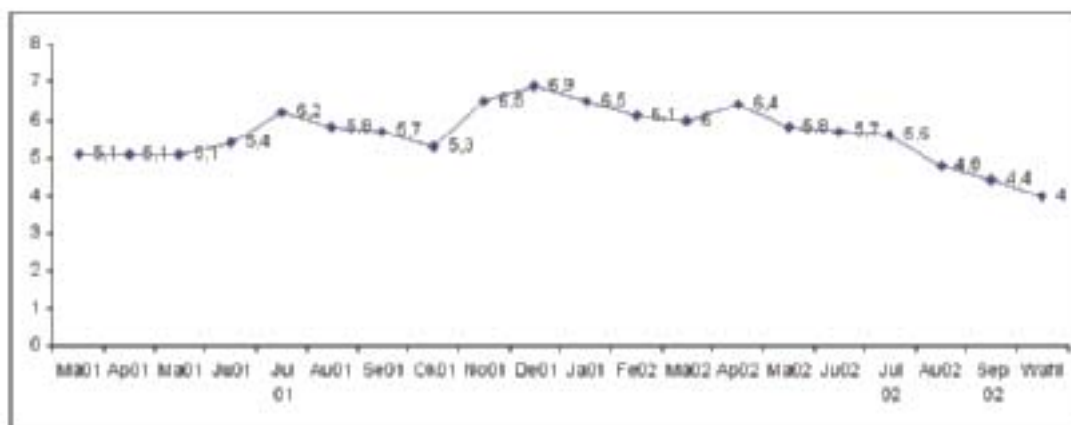
Grafik 2: Meinungen zu Politikfeldern mit stärkerem Gestaltungsanspruch der PDS in der Zukunft (in Prozent: ja + eher ja)



Im Sommer 2001 verfügte die PDS über 6500 kommunale Mandate, davon 2 Landräte, 186 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, davon 27 hauptamtlich, 18 hauptamtliche kommunale Wahlbeamte (u. a. 14 Berliner Bezirksstadträte), 1179 Mandate in Kreistagen und Stadträten kreisfreier Städte, 175 Bezirksverordnete in Berlin, rd. 5000 Mandate in kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie 102 Mandate im Altbundesgebiet (teils auf Listenverbindungen). Der PDS muss es gelingen, diese gesellschaftliche Verankerung zielstrebig mit einem eigenen Politikstil zu verbinden und kapitalismuskritische Opposition und soziale Gestaltung sowie demokratische Partizipation aus dem Alltag heraus lebendig werden zu lassen.

durch die Zukunft widerlegt werden. Die nur wenige Monate zurückliegende Berliner Wahl scheint das jedenfalls nicht zu bestätigen. Auf jeden Fall sinkt die Zahl der Stammwähler ab, und es ist nicht gelungen, Wechselwähler zu binden. Es muss daran erinnert werden, dass noch im Frühjahr relativ hohe Werte für die PDS gemessen wurden (vgl. Grafik 3).

Wie sehr die Wahlniederlage hausgemacht ist, zeigt der Umstand, dass die PDS vor allem an die Nichtwählerschaft verloren hat (66 Prozent) – bzw. nach anderen Angaben knapp die Hälfte, während sie bei früheren Wahlen, wo sie Gewinne hatte, vor allem von dort Gewinne erzielte. Wie schon in Sachsen-Anhalt war die unzureichende Mobilisierung das Hauptproblem der



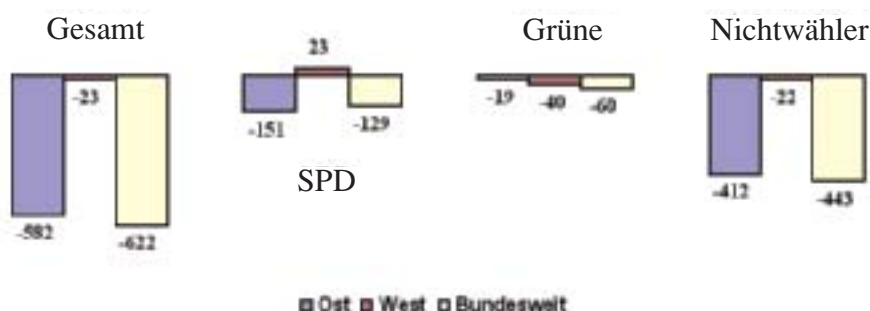
Grafik 3: Ergebnisse der »Sonntagsfrage« zur PDS und Wahlergebnis bei der Bundestagswahl (Angaben in %)

Die Wählerschaft

Die PDS hat bei den Bundestagswahlen 2002 gegenüber 1998 fast flächendeckend verloren. Eine umfassende Analyse steht noch aus. Wie Dietmar Wittich schreibt: »Es ist vor allem die ehemalige Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld, die sich von der PDS zu verabschieden beginnen. Das Umfeld der Nachfolgepartei bricht damit weg, und das wahrscheinlich endgültig. Neue Wählergruppen, die die PDS erreichen kann und die für linke Politik gewonnen werden können, vermag sie bisher nicht stabil an sich zu binden.« Ob die Aussage, dass das frühere Umfeld endgültig wegbricht, stichhaltig ist, würden wir bezweifeln, kann aber nur

PDS. Gleichzeitig ist es nicht gelungen, eine so starke Bindung von Wählern aufzubauen, dass sie der strategischen Verführung, lieber direkt SPD (rd. 75 Prozent der Abwanderungen im Osten) bzw. Grüne (über die Hälfte der Abwanderungen im Westen) zu wählen, widerstanden hätten (siehe Grafik). Die in den letzten Monaten ins Zentrum des Wahlkampfs gestellte Position, die PDS würde Schröder wählen, um Stoiber zu verhindern, hat u. E. demotiviert bzw. nicht von der direkten Wahl der Schröder-Fischer-Koalition abgehalten. Der Wahlkampf hat damit seine eigentliche Funktion nicht erfüllt und muss als gescheitert betrachtet werden. Er hat im Unterschied zu früheren Zeiten die strukturellen Schwächen der PDS nicht konterkariert, sondern erst richtig sichtbar gemacht.

Grafik 4: Wählerwanderungen der PDS in Tsd.



Dieses Ergebnis der Bundestagswahlen zeigt aber auch, dass die PDS weiterhin über ein beträchtliches Wählerpotenzial verfügt. Die Abwanderungen sind umkehrbar. Es handelt sich dabei vor allem auch um jene Gruppen, die die PDS in den letzten Jahren dazugewonnen hatte und nun nicht dauerhaft von sich überzeugen konnte. Ihre Ausstrahlung als linke Volkspartei war im Osten gering, ihr Profil als »linke Kraft« im Westen nicht stark und vertrauenswürdig. Die Wahl wurde nicht durch die Überlegenheit anderer verloren, sondern das Ergebnis ist hausgemacht und der eigenen Schwäche geschuldet. Der Rücktritt von Gregor Gysi hat diese Schwächen nur (wahltaktisch zu »früh«) offen gezeigt, nicht aber verursacht. Die Hauptursache der verlorenen Wahlen ist das nicht deutlich erkennbare, glaubwürdige und auch emotional vermittelte Profil der PDS als einer Partei, die größere Teile der Bevölkerung im Alltag und mit dem notwendigen Schuss an Visionen brauchen, mit denen sie Hoffnungen verbinden.

Strategische Optionen

PDS – Teil des politischen Projekts von SPD/ Grüne oder eigenes politisches Projekt?

Die PDS muss wie jede andere Organisation, die im Wettbewerb steht und deren dauerhafte Subventionierung nicht garantiert ist, zweifelsohne eine Strategie wählen, die ihren eigenen Erhalt unter sich verändernden Bedingungen sichert, d.h. gleichzeitig zur Erneuerung der internen Ressourcen beiträgt und der Organisation die notwendigen externen Ressourcen zuführt. In diesem Zusammenhang sind wesentliche Prozesse spätestens nach 1998 verschleppt worden. Die Wahlergebnisse danach wurden trotz dieser Schwäche erzielt und hatten sie verdeckt.

Die PDS wird in den nächsten Jahren den Kampf um ihre Existenz führen. Die SPD wird alles versuchen, die PDS bundespolitisch völlig zu marginalisieren und auch im Osten an den Rand zu drängen. Vor diesem Hintergrund werden Bündniserwägungen, Unterstützungssignale usw. bestenfalls als Ausdruck von Schwäche gedeutet werden. Die PDS muss sich u. E. als eigenständiges Projekt mit einem eigenen Gebrauchswert für die Gesellschaft behaupten oder sie wird untergehen.

Um die anstehenden Probleme zu lösen, muss die PDS sich des Handlungsraums versichern, den sie in absehbarer Zeit hat. Bezogen auf diesen Handlungsraum der PDS sollen einige Aussagen getroffen werden, die als Vorannahmen gelten: (1) Die PDS bleibt die einzige relativ starke Partei im deutschen Parteiensystem links von Grünen und SPD. Die PDS versucht nicht, das gleiche Feld wie die SPD zu besetzen (sie wird keine zweite SPD). Sie wird keine Partei der politischen Mitte. (2) Die Nach-

wendezeit ist vorbei. Die Bevölkerung des Ostens der Bundesrepublik hat sich auf die neuen Verhältnisse, kritisch, mit Distanz oft, vor allem mit neuem Selbstbewusstsein, real eingestellt. Der innerdeutsche Ost-West-Widerspruch nimmt damit neue Formen an. Nicht primär die Verlustgefühle der Vergangenheit, sondern eine selbstbewusste kulturelle Unterscheidung prägt zunehmend ein gewisses ostdeutsches »Wir«-Gefühl. Diese Veränderung hat die PDS im Wahlkampf nicht zur Kenntnis genommen und war nicht in der Lage, sie authentisch anzusprechen. (3) Die PDS wird sich auf sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet mit einer weiteren Rechtswende der SPD auseinander zu setzen haben. Die Annahme 3 soll kurz präzisiert werden: Wenn die PDS sich als »linke Kraft« in Deutschland weiter profilieren will, dann ist die Frage der Einschätzung der von der SPD getragenen Richtung der Reformen von entscheidender Bedeutung. Prinzipiell sind zwei Möglichkeiten der Deutung gegeben: Zum einen kann angenommen werden, dass es sich dabei um die verantwortliche Gestaltung eines sozialen Kapitalismus handelt. Es handle sich um einen neuen Gesellschaftsvertrag, der mit dem Vorschlag der Hartz-Kommission vorgelegt worden war, um die Schaffung eines neuen Sozialstaats. Damit sei es ein linkes Projekt, auch wenn dessen Verwirklichung fragwürdig wäre. Die andere Annahme wäre, dass es sich um ein Projekt handelt, das zwar durchaus an einer sozialen und politischen Stabilität interessiert ist, diese aber durch ein Bündnis der ökonomisch-politisch herrschenden Klasse mit aufstiegsfähigen Teilen der Mittelschichten auf Kosten der unteren Gruppen der Gesellschaft und bei Zunahme sozialer Polarisierung, Unsicherheit und Druck gewährleisten will. Es handelt sich zwar nicht um einen Neoliberalismus »pur«, aber um einen »Dritten Weg«, der Machtsicherung unter den gegenwärtigen Bedingungen vor allem durch ein Bündnis mit der Oberschicht möglich sieht.

Diese Annahme stützen wir auf folgenden analytischen Befund: Die Bush-Administration ist dabei, die Welt in eine neue Rüstungsspirale hineinzuziehen und unter Bruch des Völkerrechts einen Anspruch auf präventive Angriffskriege in eine erdumspannende Militärstrategie einzufügen, die auf die Durchsetzung von US-Herrschafts- und Wirtschaftsinteressen zielt. Eine Destabilisierung des weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gefüges droht. Krieg soll wieder als taugliches Mittel zur Lösung von Problemen gelten. Der Kosovo-Krieg und der Krieg in Afghanistan unter deutscher Beteiligung waren Teil dieser Entwicklung. In Europa nehmen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu: Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind auch in Deutschland unübersehbar.

Gedämpftes Wirtschaftswachstum, Finanzkrisen, andauernd hohe Massenarbeitslosigkeit, Verschlechter-

rung und Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse, weitere Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Umweltkrisen, Vorboten einer möglichen Klimakatastrophe, eine wachsende Kluft zwischen den reichen Industrieländern und der Mehrheit der sogenannten Entwicklungsländer, die für größere Teile der Weltbevölkerung zu einer ausweglosen Situation geführt hat – das sind Merkmale des gegenwärtigen Kapitalismus. Der von transnationalen Unternehmen, Finanzfonds und Großbanken dominierte Globalisierungsprozess, von der Politik selbst vorangetrieben, führt dazu, dass die Konkurrenz auf den Weltmärkten den Sozialstaat zurückdrängt. Neoliberale Konzepte haben die kulturell-geistige Hegemonie erobert: soziale Deregulierung, Flexibilisierung der Arbeit, weitere Privatisierung nicht zuletzt öffentlicher Dienstleistungen und Daseinsvorsorge gelten in der Öffentlichkeit verbreitet als unausweichliche Reaktion auf die Weltmarktwänge. Als unvermeidbar für die Sicherung des Standorts Deutschland und als Bedingung internationaler Wettbewerbsfähigkeit werden die Ausweitung der Niedriglohnarbeit, Rückbau der sozialen Sicherungssysteme, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Steuer-senkung vor allem für Unternehmen – für die größten zumal – ausgegeben.

Das Gefühl der meisten Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik ist, dass sie in einer ungerechten Gesellschaft leben. Dass es nicht besser wird, sondern dass die Klüfte tiefer werden: zwischen oben und unten, zwischen reich und arm, zwischen Ost und West. Das ist ihre Erfahrung. Aber die Mehrzahl der Deutschen meint zugleich, dass es sich in der Bundesrepublik gut leben lässt. Auch dafür gibt es Erfahrungen. Dazu gehören ein für viele mit Wohlstandsgewinnen verbundenes Niveau der Arbeitsproduktivität, Anforderungen moderner Technologien an Kreativität und Selbstverantwortung eines Teils der Beschäftigten, die Chancen, die trotz der Entsolidarisierungstendenzen in Individualisierungsprozessen stecken, Solidarelemente in sozialen Sicherungssystemen trotz deren Bedrohung, erste Schritte in die Richtung ökologischer Nachhaltigkeit trotz ihrer Begrenztheit, humanistische Werte in Kunst und Kultur trotz aller Kommerzialisierung und ein trotz seiner Defizite entwickeltes Bildungssystem.

Die Grundtendenz der Entwicklung ist bei aller Widersprüchlichkeit die eines wachsenden Druckes auf die Erwerbsabhängigen und Arbeitslosen, der Privatisierung sozialer Risiken, der Erosion der Demokratie und eines wachsenden Gewichts militärischer Gewalt und Gewaltandrohung in den internationalen Beziehungen. Unabhängig von dieser gegensätzlichen Bewertung gilt zunächst, dass die PDS und andere linke Kräfte gegenüber jedem nur möglichen Projekt drei Anforderungen stellen müssen: (1) verstärkte gleiche Teilhabe auf der

Grundlage einer (neuen) sozialen Sicherheit in Auseinandersetzung mit allen Tendenzen sozialer Exklusion, (2) verstärkte demokratische Aktivität und Selbstbestimmung sowie Partizipation gegenüber obrigkeitsstaatlichen Reformen und wachsender Fremdbestimmung sowie (3) Einsatz für friedliche, partizipativ-demokratische Konfliktlösungen in der Gesellschaft und international anstelle von Gewalt, Krieg und repressiven Formen der Konfliktunterdrückung.

Weiterhin kann man annehmen, dass trotz des Kompromisscharakters von Politik das Projekt von Schröder/Fischer auf jeden Fall wesentliche Elemente enthalten wird, die deutlich rechte Züge tragen. Wichtige Teile der Bürgerinnen und Bürger, Aktivistinnen in Gewerkschaften, sozialen Verbänden und sozialen Bewegungen werden sich nicht vertreten fühlen. Das Potenzial, dass für eine deutlich, vertrauenswürdig und kompetent links von SPD und Grünen repräsentierte Politik ansprechbar ist, wird sich erhöhen. Der Konflikt dieser Kreise mit dem herrschenden Kurs wird zunehmen. Die PDS ist in absehbarer Zeit die einzige parteipolitische Kraft, die diesen Konflikt außerhalb von Grünen und SPD artikulieren kann. Sie sollte sich u. E. darauf konzentrieren. Sie hätte dann bundespolitisch einen sehr eigenständigen Gebrauchswert und Zweck.

Die eindeutige Beantwortung der Frage nach der Einschätzung der Politik der SPD ist deshalb von Bedeutung, weil sich daraus die strategische Positionierung der PDS im hohen Maße ergibt. Die Annahme, dass es sich um einen prinzipiell zu stützenden Kurs der SPD handelt, hat die Konsequenz, sich als Regierungspartei in der Reserve und Bündnis- wie Koalitionspartner der SPD zu profilieren. Reformvorschläge werden damit an die jetzt vorhandene Kräftekonstellation gebunden und messen sich daran, durch die SPD gegenwärtig auch akzeptiert werden zu können. Damit sind – entsprechend dem herrschenden Politikverständnis der heutigen SPD – auch elitäre Politikansätze, die Abkopplung von Protestbewegungen, die Glättung sozialer Konflikte verbunden. Die Wiederwahl von Rot/Grün ohne PDS-Unterstützung hat u. E. ein solches Projekt eines strategischen Bündnisses mit der SPD von der absehbaren Tagesordnung genommen. Selbst wenn es ein linkes Projekt wäre, wird die PDS dafür gegenwärtig bundespolitisch nicht gebraucht und die SPD wird aufbauend auf dem Erfolg ihrer Strategie von 2002 diese auch 2006 wiederholen. Die PDS muss sich als eigenständige Kraft profilieren (auch innerhalb von Landeskoalitionen mit der SPD) oder sie wird verschwinden.

Wenn aber angenommen wird, dass die absehbare Politik der SPD starke rechte Züge zeigen wird (vor allem in der sozialen Frage sowie in einem obrigkeitsstaatlich-elitären Politikstil), dann stellen sich die Herausforderungen und Chancen der PDS anders dar. Sie kann dann

zu einem wichtigen Akteur der politischen Artikulation und Repräsentation von sozialen und demokratisch-partizipativen Anliegen werden, kann versuchen, alternative Projekte und Politikstile zu fördern und zu pflegen sowie sozialen Protest gegen eine weitere Rechtswende in sozialen Belangen demokratisch stärken. Dies muss einhergehen mit der Entwicklung von alternativen Ansätzen in offenen Netzwerken gemeinsam mit GewerkschaftlerInnen, sozialen Bewegungen, sozialen Verbänden usw. Diese Vorannahmen liegen auch den Vorschlägen zur neuen Programmatik der PDS zugrunde, die ein dezidiert sozialistisches Profil als Leitorientierung festschreibt.

Die PDS wird sich eindeutig entscheiden müssen, auf welche Deutung der Situation sie sich einigt und auf welches strategisches Projekt sie sich fokussiert. Die Ambivalenz der letzten Jahre hat Vertrauenswürdigkeit in jede nur mögliche Richtung gekostet, Unsicherheit über das Verhalten der PDS hervorgebracht, konkurrierende und sich wechselseitig blockierende Gruppierungen haben gegeneinander agiert und die PDS als Ganzes demontiert. Dieser Zustand kann nur bei Strafe der Selbsterstörung fortgesetzt werden.

Die PDS als gestaltende Oppositionskraft – Grundmerkmale einer modernen sozialistischen Partei in Deutschland

Die Autoren dieser Analyse empfehlen der PDS, mit sehr langfristiger Perspektive den Weg einer gestaltenden Oppositionskraft zu beschreiten und ihr Hauptziel in einem Beitrag zur Veränderung von geistigen und politischen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft, der Schaffung von Voraussetzungen für eine deutliche Linkswende zu sehen. Unter den gegebenen Bedingungen kann gestaltende Oppositionskraft nur bedeuten, radikaldemokratische Positionen in allen Bereichen der Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Die Gestaltungsmacht sollte vor allem im Hinblick auf die Formierung alternativer Ansätze, das Erproben von konkreten Wegen zu mehr sozialer Gerechtigkeit auf kommunaler und regionaler Ebene, die Förderung breiter alternativer gesellschaftlicher Koalitionen, die Herausbildung einer kritischen Gegenöffentlichkeit, die Stärkung von Protestfähigkeit und realer Partizipation entwickelt werden. Dadurch wäre der wichtigste eigenständige Gebrauchswert der PDS zu bestimmen. Dies schließt Regierungsbeteiligung (auch perspektivisch auf der Bundesebene) nicht prinzipiell aus, ordnet sie aber der gesellschaftlichen Opposition gegenüber dem Neoliberalismus in seinen verschiedenen Spielarten unter. Die PDS muss in parlamentarischer Oppositions- bzw. Regierungsverantwortung den Test auf ihre Praxistauglichkeit bestehen, kann nachweisen, was mit ihr anders ist als ohne sie. Sie muss sich auch der Frage nach den Möglichkeiten und

Grenzen parlamentarischen Wirkens stellen, ohne deshalb in die Falle einer antiparlamentarischen Position zu gehen.

Es wäre ein Ansatz, der Aktivität, Selbstbestimmung und demokratischer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen sucht und nicht bestrebt ist, politische Ziele vor allem dadurch zu erreichen, indem für »unsere Menschen« besser verwaltet wird. Es ist ein Ansatz der Aktivierung der politischen Gesellschaft anstelle ihrer Verwaltung, der Veränderung von unten anstelle der Verordnung von oben und der Selbstorganisation anstelle der Bevormundung. Dies schließt Regierungskoalitionen auf Länderebene nicht aus, ordnet sie aber diesem Ziel unter und betont damit die strategische Eigenständigkeit der PDS. Die PDS würde sich als Partei des sozialen und demokratischen Engagements für Gerechtigkeit und Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger sowie friedlicher Konfliktlösung profilieren. Es wäre ein Ansatz, der es erlaubt, eigene Vorstellungen zur Zukunft jenseits einer neoliberalen Globalisierungskonzeption gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen mit höherer Wirksamkeit und Akzeptanz auf die Tagesordnung zu stellen. Dies schließt Berührungspunkte mit der SPD und den Grünen ein, aber ausgehend von einem eigenen Ansatz. Ein solcher Ansatz zielt darauf, in Gesamtdeutschland schrittweise das vorhandene Potenzial linker Bürgerinnen und Bürger für die PDS zu gewinnen und in Ostdeutschland die Hegemonie links von der Mitte in der ganzen Breite zurückzugewinnen und auch Teile derer, die sich der politischen Mitte zuordnen und zugleich stark Werte von Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung betonen, wieder zu gewinnen.

Das skizzierte Projekt PDS wäre seinem sozialen Inhalt nach der Kampf um die Herausbildung einer Mitte-Unten-Koalition, ein Bündnis der sozialen Mitte der Gesellschaft und derer, die von Exklusion betroffen sind. Ziele sind soziale Gerechtigkeit, Inklusion, soziale Sicherheit als Bedingung wachsender Selbstbestimmung und Freiheit. Grundzug ist Solidarität. Kulturell wäre es ein Projekt der Stärkung solidarischer Gesellschaftlichkeit, des Vorrangs öffentlicher Güter als Bedingung von Freiheit, Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit sowie der Partizipation. Politisch würde ein solches Projekt auf einen Kurs der Demokratisierung zielen und davon ausgehend langfristig die Schaffung der Voraussetzungen einer breiten Mitte-Links-Koalition anstreben. Der politische und der kulturelle Fokus dieses Projektes ist der Widerstand gegen den Neoliberalismus und die Entwicklung eines entsprechenden breiten solidarischen Bündnisses. Es muss zu einem Projekt im Alltag und für den Alltag werden.

Dazu muss die PDS sich auf wenige zentrale eigenständige Projekte und Themenfelder konzentrieren, ihre

Verankerung in der Gesellschaft, insbesondere in Verbänden, Initiativen und Bewegungen erhöhen und selbst Elemente einer sozialen Bewegung wieder stärker entfalten, die Fähigkeit zu öffentlichen politischen Kampagnen und der Mobilisierung des Interesses und Engagements von breiten Bevölkerungsgruppen neu herausbilden, lernen, aus Regierungsverantwortung alternative Ansätze zu praktizieren.

In diesem Prozess müssen sich die Konturen eines modernen sozialistischen Projekts als einer alternativen Weise, Politik praktisch zu machen, herausbilden. Wie Dietmar Wittich (23.9.02) schrieb: »Aber die Niederlage (vom 22.09.02) ist vor allem hausgemacht. Warum haben Gysis Fehler und Gysis Rücktritt derartige Wirkungen? Zum einen stand Gregor Gysi als Person in der Tat für viele für einen anderen Typ von Politiker. Wenn es sich dann aber so darstellt, als würden sich Menschen wie er nicht anders in Fragen Macht und Privilegien verhalten, wie die anderen auch, dann betrifft es die Möglichkeiten von Alternativen überhaupt. Aber – und das ist wohl entscheidend – Gregor Gysi war nicht nur das Symbol seiner selbst, er war mangels inhaltlicher Auffüllung dessen, wofür PDS heute positiv steht, zugleich als Person das Symbol für ein modernes sozialistisches Projekt. Und das ist nicht das Problem Gysi, das ist das Problem der PDS, hier liegt das eigentliche und zentrale Problem: Es ist in den letzten Jahren nicht gelungen, der Öffentlichkeit zu vermitteln, worin das Markenzeichen moderner sozialistischer Politik besteht.«

Die Entwicklung eines solchen Projekts muss damit verbunden werden, wieder eine Politik zu machen, die vom Alltag ausgeht, offen und leidenschaftlich Probleme anspricht, Nutznießer der Umverteilung von unten nach oben deutlich benennt und öffentlich um Lösungen kämpft, eine Politik, die die Empfindungen von Menschen bezogen auf Ungerechtigkeiten, Fremdbestimmung, Unsicherheit und Gefährdung ernst nimmt, auf linke Weise populär ist (was genau kein Populismus ist), sich der Organisation von Betroffenen und Ausgegrenzten widmet, Mehrheiten für ein Bündnis zwischen der Mitte und dem Unten der Gesellschaft zu gewinnen sucht. Sie muss deutlich machen, dass politische Verantwortung sich nicht in parlamentarischer oder Regierungsarbeit erschöpft, sondern in erster Linie im aktiven tagtäglichen Eingreifen in gesellschaftliche Auseinandersetzung, im Engagement jedes einzelnen Menschen liegt. Die PDS muss vorhandene Problem- und Frustrationspotenziale auf linke Weise artikulieren. Sie kann es auch, weil viele, die in deutlicher Distanz zu Tendenzen sozialer Ungerechtigkeit und Elitenherrschaft stehen, zugleich der PDS relativ gute Werte zuschreiben. Sie muss zukunftsorientierte Visionen entwickeln, die machbar sind (gerecht, attraktiv, demokratisch, finanzierbar, funktional) – unter veränderten Kräfteverhält-

nissen. Die PDS kann dabei (noch) an wichtigen Imagewerten anknüpfen (Anlage 1). Sie muss diese, so weit sie stark sind, pflegen und als wichtige Ressource der weiteren Entwicklung begreifen. Die bekannte Schwäche bei der Frage »Steht für gute Wirtschaftspolitik« und »Kann wirklich etwas verändern« wird kurzfristig nicht zu überwinden sein. Es ist aber zu prüfen, was es ausgehend von den entwickelten Vorstellungen heißen könnte, die PDS kann etwas verändern. Das Wirken während der Kriege gegen Jugoslawien und in Afghanistan sind Beispiel dafür. Wir brauchen aber vor allem auch mehr Beispiele im Alltag auf regionaler und kommunaler Ebene, die öffentlich zu vermitteln sind.

Die PDS ist im Osten Deutschlands weiterhin eine der drei großen Parteien und muss um diese Position mit aller Kraft kämpfen. Dabei steht die Frage, wie sie ihre Eigenständigkeit gegenüber der SPD deutlich herausarbeitet und ein eigenes Profil entwickelt. Die Diskussion muss im Rahmen der Entwicklung der Gesamtstrategie der PDS geführt werden. Es sollte dabei beachtet werden, dass die PDS im Osten die SPD aufgrund von deren starker bundespolitischer Verankerung nicht verdrängen kann, selbst in absehbarer Zeit nicht über ein Drittel der Stimmen erreichen kann und jetzt kämpft, nicht weiter unter 20 Prozent zu fallen. Für eine Regierungsbeteiligung ist die PDS daher immer auf die SPD angewiesen, nicht aber umgekehrt. Innerhalb eines von der SPD geführten Regierungsprojekts kann sie offensichtlich auch nicht mit der SPD um das Image der besseren Regierungspartei erfolgreich konkurrieren.

Zu den nächsten Aufgaben

Unseres Erachtens sind vornehmlich drei Fragen zu lösen: (a) Verständigung über die wesentlichen inneren Ursachen der Wahlniederlage; (b) Schritte zur Erarbeitung einer Strategie der PDS für die nächsten Jahre; (c) personelle Fragen. Wenn die oben gemachten analytischen Einschätzungen grundsätzlich richtig sind, dann müssen vor allem folgende Aufgaben gelöst werden:

Einleitung einer öffentlichen und offenen Diskussion über das Profil der PDS auf dem Geraer Parteitag

Diese Diskussion muss auf dem Geraer Parteitag begonnen werden und sollte bis zum späten Frühjahr 2003 im wesentlichen abgeschlossen sein. Der neue Parteivorstand sollte dazu bis Ende Dezember ein Thesenpapier vorlegen und auf Parteikonferenzen zur Diskussion stellen. Im Zentrum sollte die Rolle der PDS als Teilnehmer und Katalysator einer zukunftsfähigen sozialen Alternative zum Neoliberalismus stehen (wirksame und attraktive Inhalte statt einer auf die SPD zentrierten Regierungsarithmetik). Im Jahre 2003 ist u. E. auch der

überarbeitete Entwurf des Parteiprogramms zum Beschluss vorzulegen. Ausgehend von den brennendsten Fragen sozialer Bewegungen und der Forderungen der Bürgerinnen und Bürger sind Grundelemente eines gesellschaftlichen Reformprojekts zu skizzieren, die über die nächsten Jahre die Arbeit der PDS bestimmen sollten. Referate auf dem Parteitag sollten diesen Prozess einleiten. Im Parteivorstand ist eine eigenständige Gruppe Analyse und Strategie aufzubauen, die auf der Basis eines breiten Dialogprozesses die Kernelemente erarbeitet und zusammenfasst sowie ein ständiges Monitoring sichert.

Konkrete Reformprojekte als Maßstab von PDS-Politik

Die PDS muss sich über eine lange Zeit hinweg einem Bündel konkreter Reformprojekte zuwenden, die Kernelemente einer linken Alternative zum Neoliberalismus in Deutschland markieren könnten und in der Bevölkerung auch mehrheitsfähig sind. Diese Reformprojekte müssen überzeugend sein im Sinne, dass sie gerecht, vernünftig und umsetzbar sind – wenn dafür der politische Wille vorhanden ist. Ohne konkret fassbare Ziele und die praktische Organisation von Veränderung in diese Richtung hat eine Organisation ihren gemeinsamen Willen verloren und strahlt Handlungsunfähigkeit und Resignation aus. Gerade auch die Fraktionen der Landtage müssen sich wieder ihrer Rolle als Teil einer gesellschaftlichen Kraft bewusst werden. Nicht die Bewertung von Regierungsvorlagen, sondern der Beitrag zur Lösung von realen Problemen sollte im Vordergrund stehen. Die Arbeitsweise der PDS muss den gesellschaftlichen Problemlagen und formulierten Projekten folgen und ihre eigenen Strukturen entsprechend umbauen. Ohne die Bündelung aller Kräfte um gemeinsame konkrete Projekte werden interne Machtkämpfe und taktische Spiele auch weiter den Vorrang haben.

Grundelemente einer solchen Alternative könnten sein:

- a) *Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch ein komplexes Maßnahmenbündel*
- b) *Moderne soziale Bildungspolitik*
- c) *Konkretes, realistisches, auch problematisierendes Projekt zur Angleichung der Löhne, Renten und anderen Leistungen Ost-West*
- d) *Antikriegsprojekt oder besser Friedensprojekt*
- e) *Umverteilung von oben nach unten*
- f) *Globalisierung von unten – die PDS als Teil der internationalen Bewegung gegen Neoliberalismus*

Parteireform

Über die schon an anderer Stelle ausgeführten Überlegungen hinaus sind folgende Fragen konsequent einer Bearbeitung zuzuführen: (1) Erschließung neuen intellektuellen Potenzials und Öffnung der Partei dafür,

Reaktivierung von in den letzten Jahren verlorenen ostdeutschen Potentialen, insbesondere aber auch konkrete, geradezu personelle Erschließung intellektueller und politischer Impulse aus Westdeutschland und aus den neuen internationalen sozialen Bewegungen sowie den Gewerkschaften; (2) Erneuerung der sozialen Verankerung der PDS: Mitgliederpartei; ehrliche Einbeziehung und Beteiligung der Mitgliedschaft in die Politik- und Strategieentwicklung; Entwicklung von Dienstleistungsangeboten für Jugendliche, soziale und kulturelle Initiativen etc. auf Bundes-, Landes-, Kreisebene; Transparenz; offener demokratischer Politikstil; Menschen erkennbar ernst nehmen statt Papierproduktion; Bescheidenheit und Aufmerksamkeit der PDS-Politiker; moralisch unanfechtbarer Umgang mit Finanzen, auch im Parteivorstand; (3) Kollektivität und kritische Streitkultur des Parteivorstandes; deutliche Erhöhung der Qualität in seiner Führungsfähigkeit, Ausstrahlung, seines intellektuellen Niveaus, Verjüngung nicht auf der Grundlage von Jugendkult, sondern auf der Grundlage eben von Qualität.

Erneuerung der Arbeit des Parteivorstandes

Der Bundesvorstand rückt durch den Verlust der Bundestagsfraktion in die wichtigste bundespolitische strategische Funktion. Dem ist Rechnung zu tragen. Das Potenzial der ehemaligen Bundestagsfraktion ist zu nutzen. Der Parteivorstand muss zum wichtigsten strategischen Gremium werden. In seiner inneren Organisation wie auch in der Organisation seines Apparates muss er allen Vorstandsmitgliedern die Möglichkeit geben, sich an Entscheidungsprozessen kompetent zu beteiligen und unterschiedliche Ansätze gegeneinander abzuwägen. Von besondere Bedeutung ist eine arbeitsteilige Kooperation entsprechend den wichtigsten strategischen Richtungen (sozialen Bezugsgruppen, Aufgaben usw.). Seine öffentliche Ausstrahlung, sein intellektuelles Niveau, die Westvertretung und Verjüngung sind zu sichern. Vor allem jedoch kommt es darauf an, dass sich der Vorstand und jedes einzelne Vorstandsmitglied als Koordinatoren von Aktivitäten aus Mitgliedschaft und Umfeld sowie als kritische Partner der parlamentarischen Arbeit auf Landes- und kommunaler Ebene verstehen. Das Wechselspiel von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit ist neu zu bestimmen.

Bezogen auf den Apparat des Parteivorstandes bedeutet dies: (1) intelligente Ergänzung, inhaltlicher Aufbau und z.T. Erneuerung der Mitarbeiterschaft im PV entsprechend den schwierigen Bedingungen ohne BT-Fraktion und für die Notwendigkeit einer starken und kompetenten Führung aus der Krise (mit kameradschaftlichen Methoden gegenüber den Betroffenen); (2) effektive Vernetzung der Kapazitäten des Parteivorstandes mit jenen in LT-Fraktionen und im Europäischen

Parlament. Nutzung der Möglichkeiten der politischen Bildung. Ziel muss sein, den PV inhaltlich zur Führung in dieser komplizierten Situation zu befähigen und auf die oben genannten Schwerpunkte zu orientieren; (3) entschiedene Professionalisierung der Führung und Organisation der Partei, der Öffentlichkeitsarbeit und der Wahlkämpfe; (4) grundlegende und wirkungsvolle Öffnung zur Parteimitgliedschaft, ehrliche, konsequente und effektive Einbeziehung der Mitglieder; (5) energische Stärkung der IG's und AG's unter Nutzung der Kapazitäten von Fraktionen sowie in Zusammenarbeit mit der RLS.

Öffentlichkeitsarbeit

Mehr denn je befindet sich die PDS in der Situation, in die mediale Bedeutungslosigkeit zu verfallen. Die wichtigste bundespolitische Verankerung des Medienbezugs ist weggefallen. Politik, die durch sich selbst medial interessant wird und zur Kenntnis genommen werden muss, wird deshalb überlebenswichtig. Professionalität, Organisation, Bündelung bzw. Vernetzung der Finanzen, Aktionen, außerparlamentarischen Arbeit, Koordination Bund-Länder-Fraktionen sind dafür die Voraussetzungen. Öffentlichkeitsarbeit muss einen alternativen Politikstil vermitteln und ermöglichen. Projekte, Kampagnen, symbolische Inszenierungen, die professionell vorbereitet sind und breite soziale Unterstützung erfahren, gehören dazu. Ein entsprechendes Image der PDS als Partei, die soziale Nöte medial wirksam inszeniert und zum öffentlichen Thema macht, ist dringend aufzubauen.

Der Geraer Parteitag

Der Parteitag muss erstens eine klare Analyse der Ursachen der Wahlniederlage geben und sie vor allem intern ausmachen. Dabei ist der Widerspruch zwischen objektivem Potenzial der PDS und der vor allem durch Führungsschwäche verursachten völlig unzureichenden Ausschöpfung dieses Potenzials in den Vordergrund zu stellen. Es ist deutlich zu machen, dass bei Überwindung dieser Probleme die PDS weiterhin die Chance und die Pflicht hat, sich als demokratisch sozialistische Partei in Deutschland, als Stachel im Fleisch der herrschenden Klassen, zu etablieren. Sie kann dies, wenn sie sich als gestaltende Oppositionskraft entwickelt. Zweitens sind konkrete Festlegungen zu treffen, die dazu führen, bis zum späten Frühjahr nächsten Jahres wichtige Führungsschwächen zu überwinden und die Voraussetzungen zu schaffen, bei den Wahlen zu Landtagen und zum Europaparlament 2004 Ergebnisse deutlich über 20 Prozent bzw. deutlich über 5 Prozent zu erzielen. Dies ist realistisch.

Drittens sind die personellen Voraussetzungen für eine solche Entwicklung der PDS zu schaffen. Wir werden nicht in der Lage sein, kurzfristig auch nur die größten Defizite zu beheben. So besteht die Doppelaufgabe, einerseits die konsequente Führung für die nächsten Jahre zu sichern und andererseits eine gezielte Personalentwicklung für Führungsaufgaben zu betreiben. Die Blockade in der Führung der PDS ist zu beseitigen, ein kooperativer strategischer Führungsstil zu ermöglichen, für die wichtigsten Arbeitsfelder sind Personen zu gewinnen, die auf ihnen über die nächsten Jahre arbeiten werden. Ohne eine enorme Erhöhung der intellektuellen Ausstrahlung der PDS, ohne die Vertretung der PDS in der Öffentlichkeit durch Personen, die überzeugende Identifikation ermöglichen, wird die Profilierung der PDS medial nicht erfolgen können. Angesichts der gegenwärtigen Schwäche der Führung erzeugt nicht zuletzt Angst die Tendenz zu Mittelmaß.

Anlage 1: Parteien-Images im Zeitverlauf

(Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent, gerundet)

Diese Partei ... Hat zukunftsorientierte Ideen	Ost					West				
	98	00	01	02/ Fe	02/ Ju	98	00	01	02/ Fe	02/ Ju
B/Gr	14	10	9	17		23	19	17	23	
CDU/(CSU)	12	16	11	32		25	27	13	34	
FDP	2	7	7	19		11	12	10	23	
PDS	13	25	16	22		2	7	4	8	
SPD	26	28	17	27		37	37	17	26	
Rechte	2	3	1	1		1	2	2	2	
Keine	20	22	26	19		17	20	29	18	
Tritt für soziale Gerechtigkeit ein	98	00	01	02		98	00	01	02	
B/Gr	13	3	9	11		19	12	22	18	
CDU/(CSU)	8	9	11	17		22	20	16	26	
FDP	1	2	4	7		8	8	9	10	
PDS	35	37	39	42	40	4	9	13	12	11
SPD	41	30	23	31		57	41	35	42	
Rechte	0	2	1	0		0	1	2	0	
Keine	11	23	18	19		14	22	21	20	
Hat gute Politiker/innen	94	98	00	01	02	94	98	00	01	02
B/Gr	15	11	6	7	21	16	17	15	25	29
CDU/(CSU)	32	18	21	16	38	41	34	32	22	44
FDP	15	8	8	8	17	16	13	18	16	26
PDS	33	24	25	25	33	4	3	7	8	7
SPD	44	41	32	32	36	40	41	44	39	44
Rechte	1	1	2	2	0	1	1	1	2	1
Keine	11	16	22	26	14	20	19	19	23	14
Steht für gute Wirtschaftspolitik	94	98	00	01	02	94	98	00	01	02
B/Gr	3	7	1	4	4	2	7	3	7	6
CDU/(CSU)	34	19	22	18	43	24	37	32	23	44
FDP	9	7	7	8	12	18	13	11	16	21
PDS	7	8	12	12	8	1	1	1	2	1
SPD	19	36	26	26	26	24	37	37	30	25
Rechte	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0
Keine	19	19	27	24	18	19	16	20	21	17
Kann wirklich etwas verändern	94	98	00	01	02	94	98	00	01	02
B/Gr	23	13	4	3	11	27	23	9	7	17
CDU/(CSU)	27	19	16	11	37	41	32	21	14	38
FDP	7	4	6	2	12	13	13	8	4	16
PDS	27	11	21	6	14	3	3	4	2	5
SPD	41	40	27	20	28	39	42	32	20	33
Rechte	3	2	3	1	1	2	2	2	1	1
Keine	5	12	33	33	22	11	15	29	38	19

Quellen/Erhebungsinstitute:

1994, 1998	=	Info-Institut Berlin
2000	=	Emnid (im Auftrag von FOKUS/SocialData)
2001	=	FOKUS (im Auftrag von FOKUS/SocialData)
2002	=	□Info-Institut Berlin(1. Welle: Februar 2002, 2. Welle Juni 2002)

Anlage 2: Dieter Klein: Alltagsschritte und Visionen

Die Verwirklichung von Visionen beginnt selten mit heroischen Ereignissen. Wohl aber muss sie bei der Kritik aller kritikwürdigen Zustände ansetzen, an der Bündelung von Unbehagen, Protest und Widerstand. Eine der Ursachen für die schwere Wahlniederlage der PDS in den Bundestagswahlen 2002 ist, dass Teile ihrer Stammwählerschaft, ihrer Sympathisantenkreise und ihrer Mitgliedschaft diese Funktion einer sozialistischen Opposition nicht mehr ausreichend in der Politik der PDS wiederfinden. Der Eindruck hat sich verbreitet, dass eine Reihe ihrer Mandatsträger die Verhältnisse eher verbessert verwalten will als die Kritik an ihnen hart und deutlich zu formulieren.

Eine der großen Schwierigkeiten für die Linke ist, dass es in der Regel viele und oft nur kleine Schritte sind, in denen Visionen allmählich Gestalt gewinnen. Allerdings – solche Schritte müssen vom Atem der Vision und des Widerstands berührt sein, wenn sie in eine andere Gesellschaft der Gerechtigkeit, des Friedens zwischen den Völkern und mit der Natur, der Freiheit und Solidarität führen sollen.

Der Physiker Werner Heisenberg schrieb über die Aufgabe der Wissenschaften, aus dem Gewohnten herauszutreten: »... wirkliches Neuland in einer Wissenschaft (kann) wohl nur gewonnen werden, wenn man an einer entscheidenden Stelle bereit ist, den Grund zu verlassen, auf dem die bisherige Wissenschaft ruht, und gewissermaßen ins Leere zu springen.« Aber er dachte auch über die Voraussetzungen für den Sprung in wissenschaftliches Neuland nach, die ebenso für gesellschaftlichen Wandel gegeben sein müssen, über das Anknüpfen an entwicklungsfähigem Gegebenen: »Der Versuch, alles Bisherige aufzugeben und willkürlich zu ändern, führt zu reinem Unsinn.« (Heisenberg 1987: 24, 22)

Wer die Gesellschaft verändern will, darf nicht den Boden unter den absprungbereiten Füßen verlieren. Denn dann würde der kleinste Sprung unmöglich. Wir können uns keine illusionistischen Utopien erlauben und dürfen uns zugleich nicht in das Gewohnte fügen. Arbeit in und am Gewohnten mit dem Versuch ist notwendig, es zu verbessern und darüber hinaus nach und nach – und gewiss nicht ohne tiefe Brüche – zugunsten des Ungewohnten zu verlassen. Dies ist der Grundgedanke des demokratischen Sozialismus als transformatorisches Projekt.

Wenn der Eindruck entsteht, dass Reformschritte einer linken Partei nicht viel mehr sind als ein besseres Einfügen in die herrschenden Verhältnisse, macht sie sich selbst überflüssig. Aber auch wenn sie die möglichen Schritte, die Anschlüsse für weitere Schrittfolgen über

sozialdemokratische Politik hinaus bergen, nicht zu formulieren und in praktische Politik umzusetzen weiß, stirbt die Vision, weil sie keinen Anschluss an die Wirklichkeit hat.

Es scheint einfacher, sich eine schöne neue Welt auszu-denken als die gegenwärtig möglichen Schritte zu erkunden, die in ihre Richtung weisen. Doch gerade dies muss geleistet werden. Widerstand, Kritik und Protest, kurz, sozialistische Opposition, bedarf der Substanz von Gegenangeboten. Deshalb formulierte eine Autorengruppe im Vorfeld der Bundestagswahlen 2002 solche Schritte, die für sich genommen nicht spektakulär und deshalb realistisch sind, die unter den gegebenen Verhältnissen bei entsprechendem politischen Willen durchaus getan werden können, die keineswegs die bestehende Ordnung in Frage stellen, die in ihrer Gesamtheit jedoch neoliberaler Politik entgegengesetzt sind und Ansätze für eine emanzipative Reformalternative bergen (Dellheim, Dietzel, Falkner, Ihme, Klein, Steinitz 2002). Deshalb wurden diese Vorschläge hier aufgenommen, ohne den Sprachstil der genutzten Publikation zu verändern.

1. Arbeit

Parieren, flexibel sein und Kosten sparen durch einen breiten Niedriglohnsektor – das soll nach neoliberalen Muster zu mehr Beschäftigung führen. Diese Wege sind Irrwege, weil sie unsozial sind. Notwendig ist der Übergang von Arbeitsmarktpolitik zu aktiver und präventiv orientierter Beschäftigungspolitik. Das längerfristige Ziel der PDS ist Teilhabe an existenzsichernder sinnvoller Arbeit für ausnahmslos alle Arbeit Suchenden. Dringlich ist in Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Forderungen, die **Überstunden drastisch zu vermindern, die sozialen Rahmenbedingungen für freiwillige Teilzeitarbeit zu verbessern** und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Guthaben auf betrieblichen Arbeitszeitkonten durch unvermeidbare Überstunden müssen bei Konkursfällen, Arbeitsplatzwechsel und Arbeitslosigkeit erhalten bzw. in Geldform ausgezahlt werden.

Wir wenden uns **gegen einen Abbau von Arbeitnehmerrechten** wie dem Kündigungsschutz unter dem Deckmantel der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Wir wollen eine **Arbeitszeitpolitik, die für die Arbeitenden mehr Zeitsouveränität bringt**, dem zunehmenden Arbeitsstress erfolgreich entgegenwirkt und die Bedingungen für Partnerschaft und das Leben mit Kindern verbessert. Nur wenn den Arbeitgebern der Weg versperrt wird, auf jede Arbeitszeitverkürzung mit verstärktem Leistungsdruck und steigender Arbeitshetze zu reagieren, kann eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung durch Umverteilung von Arbeit zu neuen Arbeitsplätzen führen. Wir widersprechen verstärktem Druck auf

Arbeitslose und wollen ihre **Rechte und Ansprüche auf Erwerbsarbeit stärken**.

Auf absehbare Zeit bleiben angesichts andauernder Massenarbeitslosigkeit – speziell für Ostdeutschland – **arbeitsbeschaffende Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsförderung** unverzichtbar. Wir lehnen die Anstrengungen – vor allem der CDU/CSU und der FDP – ab, diese Maßnahmen radikal einzuschränken. Gebraucht wird ein Wandel von der Personenförderung zur Projektförderung, die den Menschen auch die Perspektive gibt, über ein bzw. zwei Jahre hinaus in einer sozialen, erzieherischen, kulturellen oder anderen Tätigkeit weiterzuarbeiten, sich zu qualifizieren und eine berufliche Perspektive aufzubauen. In einem »Fonds für regionale Gemeinschaftsaufgaben« könnten Teile der bisherigen Fördermittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM) zu größerer Wirksamkeit zusammengefasst werden.

Spezielle Programme für Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind erforderlich, um sie in den Arbeitsprozess zu integrieren. Vorstöße zur Verkürzung des Arbeitslosengeldes für Ältere von 32 auf 12 Monate und die Regelung, dass zur Einstellungsbedingung der Verzicht von Älteren auf Kündigungsschutz gemacht werden soll, lehnen wir ab. Als **arbeitsfördernde Maßnahmen für Geringqualifizierte** betrachten wir gezielte individuelle Vereinbarungen mit Hilfe der Arbeitsvermittlung über Qualifizierung und Arbeitsaufnahme, die Verbindung von Qualifizierungsangeboten mit Lohnsubventionen, die Schaffung von Beschäftigungspools und die Nutzung öffentlich geförderter Beschäftigung als Übergang in den regulären ersten Arbeitsmarkt.

Für junge Menschen muss, u. a. durch **Fortführung und Weiterentwicklung des Programms JUMP**, der Übergang von der Ausbildung in Erwerbsarbeit gesichert werden.

Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik müssen an beschäftigungs- und umweltpolitische Ziele gekoppelt, auf die **Stärkung regionaler wirtschaftlicher Zusammenhänge** konzentriert werden und so vor allem **die kleinen und mittleren Unternehmen stärken**. Eine verstärkte Förderung von Investitionen in regenerierbare Energien und von Energieeinsparung – beispielsweise bei der Rekonstruktion von Wohnungssubstanz – soll kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigungswirksame Chancen geben. Dringlich ist ein **Sofortprogramm für kommunale Investitionen**. Genossenschaften bedürfen einer stärkeren Förderung.

2. Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit wird in der Öffentlichkeit verbreitet als leistungshemmend und als »Hängematte für Faulen-

zer« infrage gestellt. CDU und CSU wollen den Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandprodukt um rund 20 Prozent senken. Das würde zu einem neuen Schub katastrophaler Senkung von Sozialleistungen führen. Ein Zwei-Klassen-Gesundheitssystem auf der ganzen Linie ist das Ziel starker gesellschaftlicher Kräfte. Die FDP will die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes drastisch verringern. SPD und Grüne haben mit der Art und Weise des Einstiegs in die private Altersvorsorge zu Gunsten einer Entlastung der Sozialbeiträge von Unternehmen bewiesen, dass ihren Versprechen zur Bewahrung des Solidarprinzips im deutschen Sozialsystem nicht zu trauen ist.

Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung

Wir verteidigen in Übereinstimmung mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und anderen die paritätische Beitragsfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme **gegen den weiteren Rückzug der Unternehmen von hälftiger Finanzierung**. Wir wollen in das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik schrittweise eine **bedarfsorientierte soziale Grundsicherung** oberhalb des Sozialhilfeniveaus einführen. Dazu gehören:

- Die Sockelung von sozialen Leistungen durch die Gewährung eines existenzsichernden Grundsicherungsbetrages
- gesetzlich und tarifvertraglich geregelte Mindestlöhne beginnend in Branchen mit besonders verbreiteter Niedriglohnarbeit;
- altersabhängig gestaffelte Grundsicherung für Kinder und Jugendliche;
- Weiterführung der eingeführten Alterssicherung auf einem höheren Niveau und
- in der Perspektive ein Recht auf ein Sabbatjahr nach einer Reihe von Arbeitsjahren bei Vertretung durch bisher Arbeitslose.

Statt das Niveau der Arbeitslosenhilfe auf die Sozialhilfe abzusenken, will die PDS **in die Arbeitslosenunterstützung eine steuerfinanzierte bedarfsorientierte Grundsicherung einführen**, damit kein Arbeitsloser vom Arbeitsamt in das Sozialamt gehen muss. Die kommunalen Haushalte würden von der Last der Sozialhilfe befreit werden.

Arbeitsversicherung

Die **Arbeitslosenversicherung** wollen wir zu einer Arbeitsversicherung für alle Erwerbstätigen entwickeln, die nicht nur Ansprüche auf Einkommen, sondern auch auf Qualifikation schafft, die Job-Rotation und flexible Übergänge von sozial abgesicherter Familienarbeit in Erwerbsarbeit und umgekehrt ermöglicht.

Gesundheit

Eine **grundlegende Reform des Gesundheitswesens** ist überfällig, die den weiteren Weg in die Zwei-Klassen-Medizin versperrt, die **für jede und jeden eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung** garantiert und Benachteiligungen von sozial Schwachen, von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken ausschließt und präventiver Sorge für die Gesundheit größeres Gewicht gibt.

Vieles ist im Gesundheitswesen ineffizient und muss verändert werden – unter anderem Doppeluntersuchungen und Trennung von stationärer und ambulanter Behandlung. Doch Kommerzialisierung und Marktwettbewerb im Gesundheitswesen à la FDP, CDU und CSU sind kein Weg dafür – Patientinnen und Patienten sind bedürftige Menschen und nicht bloße Kostenfaktoren.

Mit weniger Mitteln auskommen zu können, wenn die moderne Medizin für alle da sein soll, ist eine Illusion. Deshalb brauchen wir eine **Strukturreform in der Finanzierung des Gesundheitswesens**: Das Solidarprinzip muss wieder umfassende Geltung erhalten. Der Gang der Reichen, Gesunden und Jungen in Privatversicherungen muss gestoppt werden, damit nicht die sozial Schwächeren und Kranken ohne Solidarausgleich in den gesetzlichen Kassen auf sich allein verwiesen werden. Beamte, Selbstständige und Abgeordnete sollen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen und so die **Finanzierung auf breitere Grundlagen gestellt** werden. Alle **Einkommensarten müssen in die Finanzierung der Krankenversicherung einbezogen werden** – auch Einkünfte aus großen Vermögen, Anlagen, Finanzoperationen usw.

Bildung, Kinderbetreuung und Ganztagschulen

Alle reden jetzt davon, wie wichtig **Bildung, Ganztagschulen und Kinderbetreuung** seien. Für Linke war immer klar, dass es für Kleinkinder ein gesichertes und öffentlich gefördertes ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen geben muss. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass nicht erst die Schulen, sondern schon die Kitas einen Bildungsauftrag haben. Mit qualifizierter **Vorschul-Sprachförderung** im Bedarfsfall wird in hohem Maße vorentschieden über Erfolg in der Schulbildung, über den Zugang zu Berufsausbildung und zu späteren Arbeitsplätzen. Für uns ist ferner selbstverständlich, dass das Angebot von Schulhorten und Ganztagschulen ausgeweitet werden muss, u. a. deshalb, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen wie für Männer zu ermöglichen.

Darüber hinaus brauchen wir kurzfristig ein **Bund-Länder-Programm »Schuloffensive 2003-2006«**, um die Klassenfrequenzen zu senken, Unterrichtsausfall zu stoppen und um Lehr- und Lernmittel, Schulgebäude und Fachräume zu modernisieren. Wir wollen, dass

Schulen zu sozio-kulturellen Zentren über den Unterricht hinaus werden, als Gegengewicht zu Gewalt, zu rechtsradikalen und neofaschistischen Tendenzen, unterstützt durch qualifizierte Sozialarbeiter.

Die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss unter anderem auf **Lebensnähe der Schule** und auf **soziale Verantwortung der Kinder und Jugendlichen** zielen.

Eine Minimalforderung für gleiche Bildungschancen an Hochschulen und Universitäten ist, dass **keine Studiengebühren** erhoben werden.

Junge Leute werden dort mit ihren sozialen Anliegen und ihrem Widerspruch aktiv, wo sie in eigener Verantwortung ihr Engagement entwickeln können. **Unbürokratisch für materielle Voraussetzungen ihrer Vorhaben und Projekte** zu wirken, ist zunehmend eine Aufgabe der Politik.

3. Ein neuer Aufbruch für Ostdeutschland

Zur Erschließung regionaler Entwicklungspotenziale streben wir eine Innovations-, Investitions- und Gründungsoffensive für ostdeutsche Unternehmen an. Dafür ist es notwendig, öffentliche Fördermittel zu bündeln. Unternehmensverbände und Netzwerke zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, wissenschaftlichen und Bildungseinrichtungen sowie regionalen Akteuren sollen stärker gefördert werden.

Die für die Zeit nach 2010 geplanten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen für Ostdeutschland müssen vorgezogen werden. **Ein über fünf Jahre laufendes kommunales Entwicklungsprogramm** zum Ausbau und zur Vervollkommnung der Infrastruktur in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands könnte wichtige Aufbruchsignale aussenden. Infrastruktur- und Arbeitsförderung würden zusammengeführt, kleine und mittlere Unternehmen bekämen Aufträge zur Lösung regionaler Probleme. Die Exportkraft würde gestärkt.

Dringend erforderlich ist es, die **Altschulden des DDR-Wohnungsbaus** zu streichen. Die ostdeutsche Wohnungswirtschaft muss überleben. Die PDS bleibt bei ihrer Forderung, die **Diskriminierung Ostdeutscher**, beispielsweise bei Berufsabschlüssen oder Renten, zu beenden. Schließlich bekräftigt sie ihre Position, dass die Politik die Tarifpartner mit einem Fahrplan zur Angleichung der Löhne unterstützen muss.

Die Erweiterung der EU begreifen wir als Chance. Sie könnte aber auch als Brückenschlag von westdeutschen Standorten nach Mitteleuropa über Ostdeutschland einfach hinweggehen. Deshalb ist der Ausbau grenznaher und grenzüberschreitender Verkehrs- und Wirtschaftsverbindungen dringlich. Die **Grenzregionen brauchen eine beträchtliche Aufstockung im Rahmen des EU-Sonderprogramms**. Wir wollen eine

»Bildungs- und Sprachoffensive Osterweiterung«. All das ist notwendig, um die Chancen der Osterweiterung zu nutzen.

4. Steuergerechtigkeit

Die Versprechen von CDU/CSU und FDP, die Steuern für alle drastisch zu senken und gleichzeitig deutlich mehr für Bildung und andere Zwecke auszugeben, sind unseriös. Der Sozialstaat ist nicht durch Hoffnungen auf Wirtschaftswachstum zu bezahlen. Auch SPD und Grüne lehnen eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer ab. Ihre Regierung hat ermöglicht, dass die Aktiengesellschaften im letzten Jahr nicht eine einzige Mark Körperschaftssteuer zahlten.

Der Standpunkt der PDS dazu ist: **Umkehr zu Steuergerechtigkeit! Umverteilung von oben nach unten statt von unten nach oben! Um-Steuern!**

Als SPD und Grüne die Vermögenssteuer aussetzten, war die Vorstellung handlungsleitend, dass eine Steuerentlastung großer Vermögen zu mehr Investitionen und damit zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen würde. Die hohe Arbeitslosigkeit beweist: diese Rechnung geht nicht auf. Die PDS fordert die **Wiedererhebung der Vermögenssteuer** auf veränderter Grundlage. Eigentum ist sozialpflichtig!

Eine **Unternehmenssteuerreform** soll die großen Kapitalgesellschaften stärker an der Finanzierung sozialer und ökologischer Aufgaben beteiligen und das gegenwärtige Ungleichgewicht in der Besteuerung zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen überwinden. Wir wollen die **Versteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen** einer Kapitalgesellschaft an einer anderen. Das würde Steuerverluste rückgängig machen, die SPD und Grüne zugunsten des großen Kapitals den einfachen Steuerzahlern zumuten.

Dringlich ist, dass die gegenwärtige Art der Globalisierung umgekehrt wird. Statt mehr Instabilität und mehr Ungerechtigkeit wollen wir die **Globalisierung nach dem Leitbild einer kooperativen Weltwirtschaftsordnung gestalten: sozial, ökologisch, demokratisch**. Wir wollen, dass Deutschland zum Aktivposten bei der demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzströme und der Einbindung internationaler Konzerne in die soziale Verantwortung wird. Wir stimmen mit Attac überein: Vermögende und Konzerne dürfen sich nicht weiter durch die Flucht in Steueroasen der Besteuerung entziehen. Deutschland muss sich aktiv dafür einsetzen, dass die **Steueroasen abgeschafft** werden. Wie Attac und andere Initiativen staatenübergreifender Bewegung von unten fordern wir die **Einführung einer Steuer – der Tobin-Steuer – auf spekulative Devisengeschäfte** und eine **Börsenumsatzsteuer**. Die Besteuerung von tagesdurchschnittlich mehr als 1,6 Billionen Dollar Devisenumsatz könnte einen ersten Schritt zu einer

neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung bedeuten und Mittel für den Kampf gegen Hunger und Elend in den armen Ländern mobilisieren. Eine Vereinbarung darüber unter den EU-Mitgliedsstaaten könnte den Ausgangspunkt für die Milderung globaler Probleme und dringend erforderliche Veränderungen der Weltwirtschaft bilden. Ein Mindestziel in der Entwicklungspolitik muss bleiben, dass **0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts** der Bundesrepublik den so genannten Entwicklungsländern zufließen.

5. Friede und Abrüstung

Wir brauchen **Abrüstung jetzt und mehr Mittel für zivile Konfliktlösungen**. Wir wollen keine **weltweiten Militäreinsätze der Bundeswehr**. Stattdessen sollte sich Deutschland **bei der zivilen Konfliktlösung und bei der Krisenvorbeugung profilieren**, denn: Die Zivilisation muss zivilisiert verteidigt werden.

Eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den internationalen Terrorismus müssen die Vereinten Nationen spielen. Wir wollen eine Welt, in der die wichtigsten Entscheidungen in der UNO und nicht selbst mandatiert von den USA oder von Militärbündnissen wie der NATO getroffen werden. Wir wollen Schritte zur **deutlichen Reduzierung der Bundeswehr** auf 100.000 Soldatinnen und Soldaten. Die frei werdenden Mittel im Wehretat sollen zu 80 Prozent in einen **Konversionsfonds des Bundes** überführt werden, um in den Standort-Regionen den sozial- und umweltverträglichen Übergang von militärischen zu zivilen Arbeits- und Sozialstrukturen zu ermöglichen.

Alle diese Vorschläge setzen nicht die Umwälzung der gegebenen Verhältnisse voraus. Aber sie verkörpern Widerstand dagegen, dass als Reform nur gilt, was dem neoliberalen Zeitgeist der Unterordnung von Arbeitsverhältnissen, Gesundheitsleistungen, sozialen Sicherungssystemen und des Lebens der Einzelnen unter das Diktat der Märkte dient. In diesen Vorschlägen steckt der Gedanke, dass jeder und jedem Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit zustehen, eben weil sie Menschen sind.

Literatur:

Heisenberg, Werner, 1987: Zitiert nach: Wissenschaft im Zitat, Leipzig

Dellheim, Judith; Dietzel, Horst; Falkner, Thomas; Ihme, Bernd; Klein, Dieter, Steinitz, Klaus, 2002: Es geht auch anders: Umsteuern: Vorschläge der PDS, Berlin